

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

5 (6.1.1912) 2. Blatt

Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Badische Volkswirtschaft.

Das Wirtschaftsjahr 1911.

Die Handelskammer Karlsruhe läßt soeben einen vorläufigen Bericht über das Jahr 1911 erscheinen und berichtet darin über die allgemeine Wirtschaftslage unter anderem: Aus dem Vorjahre waren noch die Folgen einer schlechten Ernte und unheilvoller Wasserfluten zu überwinden, immerhin nahm das erste Halbjahr einen geordneten Verlauf, desto mehr überstiegen sich die ungünstigen Momente beim Eintritt des zweiten. Eine ungewöhnlich lang andauernde Hitze und Dürre verursachten erhebliche Ausfälle der Gemüse- und zum Teil der Futter- und Kartoffelernte, legten viele mit Wasserkräften arbeitende industrielle Betriebe brach und schädigten die Schiffahrt in manchen Teilen Deutschlands. Die Trockenheit und die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche im Lande verlängerten und verstärkten die infolge von Mißwachs und Hochwasser seit dem Vorjahre eingetretene bedrückte Lage des Lebensmittelmarchtes. Eine anhaltende und allgemeine Teuerung der zur Lebenshaltung wichtigeren Artikel war die Folge. Gleichzeitig mit dem Beginn der Dürre vergrößerte sich der politische Horizont, und die schweren Wolkens, die sich wiederholt zu Entlasten drohten, lange Monate hindurch das wirtschaftliche Leben lähmten und die Bevölkerung mit Sorge und Unruhe erfüllten, sind auch am Jahresabschluss noch nicht völlig aus dem Gesichtskreise verschwunden.

Es ist selbstverständlich, daß diese verschiedenartigen Verhältnisse auf die Lage und die Entwicklung des Wirtschaftslbens ungünstig und hemmend eingewirkt haben. Dazu kommt, daß auch die neuen handelspolitischen Aktionen des Reiches, wie der deutsch-schweizerische und deutsch-japanische Handelsvertrag, die Ausfuhr erschweren, und dadurch die Rentabilität von Handel und Industrie weiter verringern. Der Bericht streift dann die Lage der Landwirtschaft, wie sie kürzlich in einem Artikel „Die Ernte des Jahres 1911“ schon gekennzeichnet wurde und fährt dann fort: Wenn trotz der vielen erwachten Schwierigkeiten und Hindernisse sich im ganzen ein nicht ungünstiges Gesamtergebnis auf wirtschaftlichem Gebiet ergab, so geschah es, weil neben den vielen Schattenseiten auch manche Lichtseiten vorhanden war. Der Umfang der im Berichtsjahre geleisteten wirtschaftlichen Arbeit wird unter anderem durch Ausweise und Daten beleuchtet. Fast auf allen wichtigen Gebieten des Erwerbslebens und des Verkehrs begegnet man machtvollen Aufwärtswendungen. Dementsprechend ist der Beschäftigungsgrad der Arbeiterzahl weiter in die Höhe gestiegen. Die Unruhe der politischen Lage hat zwar die deutsche Geschäftswelt zur Zurückhaltung veranlaßt und dazu beigetragen, die Unternehmungslust zu dämpfen, immerhin ist für die Monate Januar bis November der Gesamtumsatz der Kleinvertrieben von Aktien-Gesellschaften und Gesellschaften m. B. H. nur der geringe Ausfall von 2 1/2 Millionen M. gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen.

Zu günstiger Entwicklung zeigt sich der deutsche Außenhandel in den ersten 11 Monaten des Berichtsjahres; die vorjährigen, überaus stark gemäßigten Ziffern sind abermals um sehr erhebliche Beträge übertraffen worden. Deutschlands Anteil am Welthandel ist von Jahr zu Jahr prozentual gestiegen. In dem Jahrzehnt von 1901 bis 1910 nahm der britische Gesamtwarenhandel um 38 Prozent, der deutsche um 68 Prozent zu. Hierdurch werden der Aufschwung des deutschen Außenhandels und die machtvolle Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Exportinteressen am besten gekennzeichnet. Die Steigerung des Verkehrs trat bei den Eisenbahnen zutage. Wiederholt bestand wochenlang ein ganz empfindlicher Mangel an bedeckten, mancherorts auch an offenen Güterwaggons.

Wenn auch die deutsche Binnenwirtschaft infolge langer Trockenheit und des geringen Wasserstandes der Flüsse unbefriedigende Resultate erzielt haben dürfte, so ist für unseren engeren Bezirk und im Karlsruher Hafenverkehr glücklicherweise doch wieder eine weitere Etappe nach vorwärts gemacht worden. Trotz langandauerndem Niedrigwasser war die Schiffahrt nach Karlsruhe dank der Wirkung der Rheinregulierung das ganze Jahr hindurch offen. Der Schiffsverkehr des Karlsruher Rheinhafens wird 1911 erstmals die erste Million Tonnen erreichen; es wird mit einer Zunahme von 18 Prozent gegen den vorjährigen Verkehr (846 470 Tonnen) gerechnet.

Nach langen ersten Mingen ist das Schicksal der Schiffahrt abgeklungen, und zwar zu unseren Ungunsten entschieden worden. Wohl ist in dem ursprünglichen Entwurfe manches gemildert worden, aber der Kaiten und Befestigungen sind genug geblieben. Ein schwacher Trost ist es uns, daß selbst im schlimmsten Falle, d. h. wenn die Reichsregierung die Zustimmung Hollands und Österreichs zu ihren Plänen erreichen sollte, immerhin wohl ein Jahrzehnt vertreiben wird, bis die Abgaben im Rheingebiet voll zur Erhebung gelangen können. Mit den Kreditbedürfnissen, die sich aus der mächtigen Entfaltung des deutschen Wirtschaftslebens und aus der Steigerung des Verkehrs ergeben, hat die Kapitalbildung nicht gleichen Schritt gehalten. Diese zu fördern und den Anspannungen des Geldmarktes entgegenzuarbeiten, bleibt nach wie vor eine der Hauptaufgaben unserer Vauipolitik und unserer großen Bankinstitute.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich während des ganzen Jahres durchaus befriedigend gestaltet. Wenn auch vom Juni an bis zum August vorübergehende Abschwächungen bemerkbar wurden, so ist die Besserung im Beschäftigungsgrade im allgemeinen doch in einer Weise hervorgetreten, wie das nur zu Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges zu geschehen pflegt. Mindererlei ungünstige Einzelercheinungen können das Gesamtbild, in dem die aufwärtsstrebenden Faktoren vorherrschen, nicht beeinträchtigen.

Für die Stadt Karlsruhe wird die gegenüber dem Vorjahre bessere Lage des Arbeitsmarktes auch durch die Nachweisungen der Krankenkassen bestätigt. Am 1. November 1911 wiesen 24 Karlsruher Krankenkassen einen Bestand von 41 025 versicherungspflichtigen Mitgliedern auf, darunter 14 725 weibliche, gegen 39 515, bezw. 14 619 am gleichen Tage des Vorjahres. Das bedeutet einen Zuwachs von 2110 Versicherungspflichtigen während des letzten Jahres, und zwar von 2004 Männern und 106 Frauen. Der Anfang Dezember in der Stadt Karlsruhe veranfaßte Zahlung der Arbeitslosen zufolge ist deren Zahl gegenüber der vorjährigen um 15 Prozent zurückgegangen.

In einseitiger Weise hat sich infolgedessen die langsam fortschreitende Besserung nicht vollzogen. Große Gebiete unseres Wirtschaftslebens verharren seit Jahren in der gleichen unbefriedigenden Lage, in einer Art von Stagnation. Erwähnt

seien nur das weit ausgreifende Baugewerbe mit seinen vielen Neben- und Hilfsbranchen, die Textilindustrie und der gesamte Detailhandel, dem die Verteuerung der Lebenshaltung und die hierdurch verminderte Kaufkraft der Bevölkerung neue Wunden zu den alten geschlagen haben.

Eine Periode der Teuerung besteht schon seit Jahren, die neue Preissteigerung hat nur das Maß voll gemacht. Dieser ständige Druck wird als eine unerträgliche Last besonders dann empfunden, wenn die Teuerung sich gerade auf die unentbehrlichsten Lebensmittel erstreckt und damit die schwer um ihre Existenz ringenden Bevölkerungskreise: die Arbeiterklasse, den kleinen Handwerker und Geschäftsmann sowie die Klasse der Selbstbedienten trifft.

In einer am 30. Oktober an den Bundesrat gerichteten, einstimmig abgegebenen Erklärung hat der Deutsche Handeltag, die berufene Vertretung für Deutschlands Handel und Industrie, mit Nachdruck den Versuch zurückgewiesen, die Schuld für die aus verschiedenen Ursachen, zumeist aber infolge der zugunsten der Landwirtschaft eingeführten hohen Zölle entstehende Teuerung dem Handel zuzuschreiben und ihn als preissteigerndes Zwischenglied auszuhalten. Gerade in Zeiten des Mangels bemüht sich der Zwischenhandel, die notwendigen Waren zu möglichst billigen Preisen aus aller Herren Ländern herbeizuschaffen. Diese Wirksamkeit würde in ihrer vollen Bedeutung erst erkannt werden, wenn ein leistungsfähiger Zwischenhandel nicht mehr vorhanden wäre, denn in Erfüllung seiner Aufgabe und infolge starker Konkurrenz trägt der Zwischenhandel nicht nur nicht zu Preissteigerungen, sondern vielmehr zu Preisausgleichen bei, und kommen Übertreibungen in vereinzelten Fällen vor, so sorgt die Konkurrenz für schleunigste Korrektur.

Auf sozialpolitischem Gebiete hat das Jahr 1911 lange Kämpfe beendet. Zum Abschluß sind gekommen die tief eingreifende Reichsversicherungsreform, die Angestelltenversicherung, das Hausarbeitsgesetz. So begrüßenswert diese neuen Gesetze vom sozialpolitischen Standpunkte aus sind, so darf doch auch an die neuen Lasten erinnert werden, die sie der deutschen Unternehmerschaft zu den vielen alten auferlegen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die gesamte öffentlich-rechtliche Belastung während des letzten Jahrzehnts vor der Reichsfinanzreform bei den deutschen Industrie- und Verkehrsaktiengesellschaften von durchschnittlich 21,77 Prozent der Dividende in 1900 auf 38,71 Prozent in 1909 gestiegen ist. Dabei sind die Verbrauchssteuern, deren Überwälzung auf die Konsumenten nicht möglich war, nicht berücksichtigt worden.

Wie schon im Jahre 1909 durch die Reichsfinanzreform, so sind auch im Berichtsjahre durch die Vorgänge auf dem Gebiete der äußeren Politik die engen Zusammenhänge vor aller Augen gerückt worden, die zwischen unserem heutigen Wirtschaftsleben und der Politik bestehen. Auch den bisher ganz in den engen Kreis ihrer Geschäfte eingespannten Kaufleuten und Industriellen muß nach diesen Vorgängen sich endlich die Erkenntnis aufgedrängt haben, daß ihre intensive Beschäftigung ohne Berücksichtigung für sie selbst und ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit bleiben wird, wenn es nicht gelingt, die innere und äußere deutsche Politik und unsere Verwaltung den Erfordernissen des deutschen Wirtschaftslebens entsprechend einzurichten und zu reformieren. Daß das Deutsche Reich inswischen ein Industriestaat ersten Ranges geworden ist, fand seinen Ausdruck in der Gesetzgebung und noch weniger in den Maßnahmen der Verwaltung. Es wird rückhaltlos zugegeben, daß das Deutsche Reich neben einer großen Industrie eine starke und gesunde Landwirtschaft nötig hat; diese ist unentbehrlich für unseren inneren Markt, der durch Aufnahmefähigkeit und Stetigkeit das Rückgrat unserer Industrie und unseres Handels sein und bleiben muß. Handel, Gewerbe und Industrie sind im allgemeinen Staatsinteresse bereit, die zum Gedeihen der Landwirtschaft erforderlichen Opfer in Gestalt angemessener Zölle zu tragen, aber sie fordern auch für sich die Berücksichtigung ihrer vitalen Interessen. Der kommende Reichstag wird Gelegenheit haben, diesen Interessen ausgleich in die Wege zu leiten, denn er wird über neue Handelsverträge und nachträglich auch über den deutschen Zolltarif, also über Maßnahmen zu entscheiden haben, von denen für eine lange Periode das Wohl und Wehe des heimischen Wirtschaftslebens beeinflusst werden wird.

Die Handelskammer gibt dann weiter einen Überblick über den Geschäftsgang in den einzelnen Gewerbezweigen, welcher manderlei allgemein interessierende Angaben enthält. Nach der Schilderung sind im Bereiche des Baugeschäftes und der diesem verwandten Gewerbe wesentliche Veränderungen nach der besseren Seite hin gegenüber den Vorjahren noch nicht bemerkbar geworden, denn die Bautätigkeit läßt sich immer zu wünschen übrig, insbesondere liegt die private Bautätigkeit noch sehr darnieder. Hinreichende Nachfrage und Beschäftigung waren bei den Sägewerken vorhanden, doch ließen die Preise zu wünschen übrig. Die wirtschaftliche Lage des Maschinenbaues hat sich den Vorjahren gegenüber etwas gebessert, die Beschäftigung war meist gut, das Ergebnis infolgedessen im allgemeinen wenig befriedigend. Die Eisenindustrie konnten einen lebhafteren Geschäftsgang als im Vorjahr verzeichnen, besonders war das gegen Ende des Jahres zu der Fall. Für den Eisenhandel hat das Geschäftsjahr 1911 in seinem Anfang den erhofften starken Aufschwung nicht gebracht, dagegen fand die Papierindustrie reichlichen Absatz für ihre Erzeugnisse und sie rechnet auch mit genügender Beschäftigung für die nächste Zeit. In der Glacelederindustrie war das Jahr 1911 eines der ungünstigsten seit langer Zeit. Die Preise des Rohmaterials standen bei meist geringer Qualität sehr hoch und ließen sich nicht entfernt mit den Preisen der fertigen Erzeugnisse in Einklang bringen. In der Baumwollspinnerei und Weberei war die Beschäftigung ebenso ungenügend wie 1910, dagegen berichtet die Porzellan- und Tellerwarenindustrie über einen durchaus zufriedenstellenden Geschäftsgang, ebenso die Fabrikation von Bureaumöbeln und Bureaueinrichtungen. Die Waggonindustrie leidet bei den Staatsaufträgen unter dem scharfen Wettbewerb außerbadischer Fabriken, welche die Preise herunterdrücken.

In der Brauerei war die Beschäftigung in den ersten Monaten 1911 wenig befriedigend. Ein Minderabfall wurde durch den erhöhten Bedarf während der Monate Juli bis Oktober wieder ausgeglichen. Der Gesamtabsatz übertraf den des Vorjahres. In der Nahrungsmittelindustrie haben sich in der Campagne 1910/11 der Einkauf auf Rohzucker sowie der Verkauf der raffinierten Ware zum günstigen Preise vollzogen. Für den Kolonialwarenhandel war das Jahr 1911 lohnend, dagegen hat die Branntweinindustrie nach wie vor mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, ebenso bei der Zigarrenindustrie, wo die Verhältnisse der Steuererhöhung des Jahres

1909 immerhin noch wenig befriedigend sind. Das gleiche gilt von dem Tabakhandel, der durch den geringen Konsum in der Zigarrenbranche ungünstig beeinflusst wurde. Schon seit mehreren Jahren befindet sich der Detailhandel im allgemeinen in bedrückter Lage. Daß die Verhältnisse des Jahres 1911 nicht dazu geeignet waren, hierin eine Änderung zum Besseren herbeizuführen, bedarf kaum der Erörterung. Für das Bankgewerbe haben sich die politischen Unruhen, welche das Jahr 1911 in seiner zweiten Hälfte brachte, ganz besonders fühlbar gemacht. Das Gesamtergebnis kann im allgemeinen als ein normales bezeichnet werden.

Über die innere Tätigkeit der Handelskammer wird berichtet: Auf dem Gebiete gutachtlicher Aufstellungen über neue Gesetzentwürfe und Maßnahmen der Regierungen und des Bundesrates hat das Jahr 1911 der Handelskammer reichliche Gelegenheit zur Betätigung gegeben. Anträge und Wünsche aus den Kreisen der Kaufmannschaft und der Industrie standen vielfach zur Beratung und führten zu Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen.

Die Großh. Regierung wurde in Hinblick auf die in den letzten Monaten in erhöhtem Maße in die Erscheinung getretene Teuerung der Lebens- und Futtermittel ersucht, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu ergreifen, um dem Notstande zu steuern und bei dem Bundesrate geeignete Maßnahmen zu dem gleichen Zwecke dringend zu befürworten, insbesondere auf eine zeitweilige, für die Dauer des Notstandes anzuordnende Beschränkung, bezw. Aufhebung der Einfuhrzölle für Getreide, namentlich für Hafer und Roggen, hinzuwirken.

Zoll- und handelspolitische Fragen haben wie in den Vorjahren der Handelskammer in vielen Fällen Veranlassung zu Eingaben und Vorstellungen gegeben. Auf dem Gebiete des deutschen Außenhandels hatte sich die Kammer mit zwei wichtigen Fragen zu beschäftigen: einer Reform der Wertermittlung für den deutschen Außenhandel und einer Reform des Konsulatswesens und der Einrichtung der Handelsfachverständigen im Ausland.

Einen breiten Raum in der Tätigkeit der Handelskammer beanspruchte die Verwaltung der Handelsangelegenheiten und die gewerbepolizeilichen Anordnungen und Verfügungen, die ihr zur Beugung unterbreitet werden oder zu denen sie im Interesse der beteiligten Kreise Anträge zu stellen hat. Die großen Verkehrsanstalten: Bahnen, Post und Telegraphie sowie das Fernsprechwesen und der Postfachverkehr liefern der Handelskammer jedes Jahr neuen Beschäftigungstoff.

Von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten in Baden im Jahr 1910.

Gewerbegerichte waren in Baden im Berichtsjahr insgesamt 17 vorhanden. Die in den größeren Städten sind schon vor 1900 bzw. im Jahre 1900 errichtet worden, diejenigen mit dem Sitz in den Städten Baden, Bruchsal, Hornberg, Konstanz, Lörrach und Rastatt nach 1900, das Gewerbegericht Karlsruhe erst im Berichtsjahr 1910. Bei allen genannten Gerichten erstreckt sich die sachliche Zuständigkeit auf die in den §§ 4 und 5 des Gewerbegerichtsgesetzes aufgeführten Streitigkeiten, beim Gewerbegericht Karlsruhe jedoch sind die in § 5 Abs. 2 des Gesetzes bezeichneten Hausgewerbebetriebe ausgenommen. Die örtliche Zuständigkeit begrenzt sich bei 12 Gewerbegerichten, und zwar bei Baden, Bruchsal, Eberbach, Furtwangen, Heidelberg, Hornberg, Karlsruhe, Konstanz, Offenburg, Pforzheim, Rastatt und Wilingen mit den Stadtbezirken, die übrigen drei Gewerbegerichte sind für die Bezirke mehrerer Gemeinden des Amtsbezirks oder Teile von solchen zuständig.

Was die Tätigkeit der Gewerbegerichte anbelangt, so belief sich die Gesamtzahl der aus den Vorjahren unerledigt gebliebenen und der Rechtsprechung des Berichtsjahres vorbehaltenen sog. überjährigen Sachen bei 7 Gewerbegerichten auf 53 Fälle. Neu anhängig gemacht wurden im Jahre 1910 dagegen 3697 Fälle, und zwar 2949 Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern von Gewerbe- und Fabrikbetrieben auf Klage der Arbeiter, bezw. 747 auf Klage der Arbeitgeber und nur eine als Klage zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers. Ihre Erledigung haben bei den Gewerbegerichten im Berichtsjahr 3673 Rechtsstreitigkeiten gefunden, 77 gingen auf das Jahr 1911 über. Der Streitwert der neu anhängig gewordenen Sachen betrug in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr als 50 M., und zwar in 1567 Fällen nur bis zu 20 M., in 1250 über 20 M. bis 50 M. einschließlich, über 100 M. machte der Streitwert nur in 299 Fällen aus, in 89 blieb er unbestimmt. Die Erledigung erfolgte bei 1164 Rechtsstreitigkeiten im Wege des Vergleichs, in 863 Fällen durch Verzicht, Zurücknahme der Klage, Perbenlassen u. dgl.; des weiteren ergingen 80 Anerkenntnis-, 599 Verurteilungs- und 937 andere Endurteile. Bei den letzteren dauerte das Verfahren bis zur Verkündung des kontradiktorischen Urteils weniger als 1 Woche in 363 Fällen, 1 bis unter 2 Wochen in 291, ferner 2 Wochen bis weniger als 1 Monat in 246 Fällen, 1 bis ausschließlich 3 Monate in 32, und 1 Vierteljahr bezw. mehr in 5 Fällen. Von den 9 aus früheren Jahren übernommenen und den 14 neu anhängig gewordenen Verurteilungen gelangten 21 im Berichtsjahr zur Erledigung, während 2 der Rechtsprechung des kommenden Jahres vorbehalten blieben. Hinsichtlich der 21 erledigten Verurteilungen lautete die richterliche Entscheidung in je 8 Fällen auf Verurteilung bezw. Abänderung des Vorurteils, der Rest der Verurteilungen wurde anderweitig zum Austrag gebracht.

Als Einigungsamt sind im Jahre 1910 in 20 Fällen 7 Gewerbegerichte angerufen worden, die Gewerbegerichte in Lörrach, Offenburg und Pforzheim je einmal, jene in Bruchsal, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim mehrmals. Die Anrufung ging in 6 Fällen aus den beiden streitenden Teilen, in 2 Fällen erfolgte sie nur seitens der Arbeitgeber, in 12 dagegen nur seitens der Arbeitnehmer. Eine Vereinbarung auf Grund der einigungsamtlichen Tätigkeit der um ihre Vermittlung angegangenen Gewerbegerichte kam in 3 Fällen zustande, in 3 erging Schiedspruch, denselben haben sich beide Parteien unterworfen in 1 Fall, während sich in den beiden anderen keine von ihnen demselben fügte. Die Zahl der im Berichtsjahr gemäß § 75 GewG. abgegebenen Gutachten beschränkt sich auf 2, Anträge auf Grund desselben Paragraphen sind 1910 von keinem Gewerbegericht des Landes gestellt worden.

Die Gewerbegerichtssetzung findet bekanntlich auf die Streitigkeiten zwischen den selbständigen Kaufleuten und ihren Angestellten keine Anwendung; der Schlichtung derartiger Streitigkeiten in dem vom Gesetz vorgesehenen Umfange dienen die Kaufmannsgerichte. Solche bestehen z. Bt. im Groß-

Herzogtum in den 7 Städten Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim und Pforzheim; mit Ausnahme von Baden (1908) sind sie alle schon im Jahre 1905 errichtet worden. Die örtliche Zuständigkeit beschränkt sich bei sämtlichen auf den Stadtbezirk ihres jeweiligen Sitzes, Kaufmannsgerichte für mehrere Gemeinden gibt es im Lande nicht.

Im Jahre 1910 kamen vor den badischen Kaufmannsgerichten 573 Rechtsstreitigkeiten zum Austrag, in 23 Fällen stand auf Jahresfrist die richterliche Entscheidung noch aus. Von den im Berichtsjahr anhängig gewordenen 596 Fällen waren aus früheren Jahren übernommen, 576 sind im Laufe des Jahres neu anhängig gemacht worden, davon 67 auf Klage der selbständigen Kaufleute, weitaus die Mehrzahl mit 507 Fällen auf Klage von Geschäften oder Belehungen hin. Der Wert der neu anhängig gewordenen Klagen geht in 30 Fällen nicht über 20 M. hinaus, in 58 bewegt sich der Wert des Streitgegenstandes zwischen 20 M. und 50 M. einschließ- lich, in 115 Fällen beläuft er sich auf über 50 M., in 194 auf über 100 M. bis 300 M. und in 160 auf über 300 M., bei 19 Streitigkeiten ist der Streitwert unbestimmt geblieben. Von den zur Erledigung gebrachten Verfahren endigten 191 durch Vergleich, 159 mit Verzicht, durch Zurücknahme der Klage, Ver- zehlassen u. dgl., 5 durch Anerkennung und 88 durch Erlass von Vollstreckungsbescheiden. Andere Endurteile ergingen 180, wobei die Dauer des Verfahrens bis zur Verkündung des kontradiktorischen Urteils in 62 Fällen weniger als 1 Woche, und nur in 22 Fällen einen Monat oder mehr betrug. Von 42 Berufungen, darunter 11 aus den Vorjahren, gingen 6 unerledigt in das Jahr 1911 über; soweit sie im Berichtsjahre erledigt werden konnten, endigten 18 mit Bestätigung des früheren Urteils, 8 ergaben Abänderung des richterlichen Erkenntnisses und 10 wurden anderweitig erledigt.

Von den Kaufmannsgerichten ist seit ihrer Errichtung bis jetzt überhaupt nur eines (Freiburg 1909) als Einigungsamt an- gerufen worden, doch wurde der Antrag durch Zurücknahme v. St. acenstandlos.

Die Brauchbarkeit des 1911er Tabaks.

Rh. Mannheim, 4. Jan. In einer Mitgliederversammlung des Rohstoffhändlervereins fand ein längerer Meinungsaus- tausch über die Qualität der 1911er Inlandserte statt. Man zweifelte zwar nicht daran, daß sie zum größten Teil zur Zigarrenfabrikation ungeeignet ist, wandte sich aber mit Ent- schiedenheit gegen die Auffassung, als ob von dieser Ernte überhaupt gar nichts für Zigarrenzwecke verwendbar sei. Im allgemeinen ist der letzte Jahrgang sehr kräftig; allein es gibt auch diesmal wieder eine ganze Reihe von Tabakorten, deren Produkte sich jetzt schon wieder als zu kräftig, noch als im Brande ungenügend erweisen. Außerdem läßt sich über die weitere Entwicklung der noch am Dache befindlichen Tabake ein abschließendes Urteil heute noch nicht fällen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen Witterungsver- hältnissen bei dem am Dache hängenden Tabak infolge der anhaltenden Feuchtigkeit gewissermaßen ein Entlaugungspro- zess eintritt, der die Brauchbarkeit für die Zigarrenfabrikation wesentlich erhöht, zumal Erscheinungen dieser Art bei früheren kräftigen Jahrgängen schon wiederholt beobachtet worden sind.

Aus dem Handwerk. Auf Grund vorgenommener Er- hebungen berichtete in der letzten Vollversammlung der Hand- werkskammer Freiburg der Kammersekretär über die Beschäfti-

nisse des Tischlerhandwerks. Die Lage dieses Handwerks- zweiges läßt viel zu wünschen übrig; insbesondere fehlt es an einem hinreichenden und tüchtigen Nachwuchs. Zur Hebung der Leistungsfähigkeit dieses Gewerbes wird nun beabsichtigt, Auszubildende abzuholen. Fördernde würde auch ein Zu- sammenschluß der Korbmacher in Fachorganisationen wirken. Über die Verluste der Bauhandwerker wurde in dieser Ver- sammlung gleichfalls berichtet. Der Sekretär der Kammer gab einen ausführlichen Bericht, nach welchem in einer Reihe von Fällen Verluste von mehreren 1000 M. festgestellt wurden, die zwar weniger auf Bauwindel zurückzuführen sind, als vielmehr auf Mankturen der Unternehmer. Nach den erforderten Verhältnissen kann auch heute nicht der Einführung des 2. Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen das Wort geredet werden, da hieraus unter Umständen sehr nach- teilige Folgen für die mittleren und kleineren Bauunterneh- mer entstehen könnten. Dagegen wird aber für dringend notwendig erachtet, daß eine schärfere Kontrolle für die vorge- sehene Führung der Baubücher ausgeführt wird. Zu diesem Zweck soll der Erlass von Ausführungsbestimmungen durch den Bundesrat verlangt werden. Der Vertreter des Großh. Landesgewerbeamts, der dieser Versammlung der Freiburger Handwerkskammer anwohnte, hielt diese Wünsche für be- rechtigt und verwies auf die Erfolge, welche in einzelnen Bezirken durch ein geschlossenes Vorgehen von Bauhand- werkern auf dem Wege der Selbsthilfe erreicht worden sind.

In der Generalversammlung der Akt.-Ges. für Seifenindustrie vorn. Ferdinand Wolff in Mannheim, welche die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung von 7 Proz. (i. R. 7 1/2 Proz.) Dividende genehmigte, wurde über den Geschäfts- gang mitgeteilt, daß die im Geschäftsbericht erwähnten Schwierigkeiten in Bezug auf das Rohmaterial weiter be- stehen, so daß immer noch mit teuren Rohstoffpreisen zu rechnen sei. Die Beschäftigung sei durchaus befriedigend.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Pforz- heimer Bankvereins Akt.-Ges. in Pforzheim, in der 1569 Stim- men vertreten waren, wurde beschlossen, das Aktienkapital um 1 1/2 Millionen auf 6 Millionen Mark zu erhöhen. Die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. übernimmt die neuen Aktien zu 124 Proz. mit der Verpflichtung, sie den alten Aktionären im Verhältnis von 4:1 zum Kurse von 128 Proz. zum Bezuge anzubieten.

Finanzieller Wochenrückblick.

m. Frankfurt, 4. Januar.

Die Erleichterung, die sich zu Beginn des neuen Jahres am Geldmarkte vollziehen konnte, gab den Anstoß zu einer Leb- hafter und ausgedehnter Kaufstätigkeit, die sich in erster Linie auf die guten Werte des Kassaindustriemarktes, sowie auf die führenden Werte des Montanmarktes erstreckte, aber auch auf die anderen Marktgebiete lebend einwirkte. Neben den über- aus günstigen Situationsberichten, die sowohl aus dem rhein- land-westfälischen wie auch aus dem oberbayerischen Industrie- gebiete vorlagen, simulierten auch die weiter zusehndlich flie- genden Meldungen von den amerikanischen Metallmärkten. Beim Eiteltruf macht sich ein zunehmender Beschäftigungs- grad bemerkbar, und es verlaute neuerdings von größeren Materialbestellungen seitens der amerikanischen Bahnen. Aber auch die Gesamtgeschäftslage wird seit einiger Zeit von ver- schiedenen Seiten als eine gebesserte bezeichnet. Der Ver- brauch an Kupfer hat weiter zugenommen, während die schar-

baren Vorräte eine weitere Abnahme aufweisen. Lebhafter Kauftrieb gab sich infolge dessen für Amalgambesitz und Utah Copper Shares kund, wogegen Rio Tinto nach vorhergegan- gener größerer Steigerung sich schließlich etwas abschwächte. Von amerikanischen Eisenwerten erfreuten sich Steel Shares größerer Nachfrage bei weiter anziehendem Preise. Die Nachricht, daß das Unternehmen eine größere Anzahl neuer Arbeiter eingestellt habe, wirkte stimulierend. Von den heimischen Momentanwerten erfreuten sich diesmal ganz besonders Gelsenkirchener und Aumeh der Gunst der Spekulation, während Rhönitz etwas mehr in den Hintergrund trat.

Die von einem führenden Berliner Finanzblatte an ver- schiedene maßgebende Persönlichkeiten der Montanindustrie wegen der mutmaßlichen Weiterentwicklung der Industrie im laufenden Jahre gerichteten Anfragen sind durchweg in gün- stigen Sinne beantwortet worden, zumal die Eisenindustrie mit großen Aufträgen in das neue Jahr hineingeht. Die Frage, ob es gelingen wird, die großen Verbände in Zukunft weiter aufrecht zu erhalten, wird dabei ziemlich nebenächlich behandelt. Da der Schwerpunkt der Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland liegt nur noch bei einigen großen Werken ruht, ist diese Frage wohl auch nicht mehr so von einschneidender Bedeutung wie früher. Immerhin erscheint es im Interesse der Allgemeinheit und speziell der kleineren Werke liegend, wenn eine Einigung erzielt werden könnte. Von reinen Koh- lenlagern lagen Harpener recht fest auf die Anticipation einer Streikbewegung unter den belgischen Kohlenarbeitern. Der gleiche Faktor führte aber im weiteren Verlaufe zu einer mäßigen Abwärtsbewegung, indem man sich sagte, daß die Koh- lenbewegung leicht auf die benachbarten deutschen Industrie- gebiete hinübergreifen könnte. Im großen und ganzen zeigte sich das Publikum recht lauffähig und es lagen namentlich aus der Provinz umfangreiche Kaufordres vor. Allerdings kamen auch hier und da kleinere Realisationen vor, indes bleibt die Grundstimmung weiter eine recht zutreffende. Von Kassaindustriepapieren erfreuten sich chemische Aktien und unter diesen in erster Linie Scheideanstalt lebhafter Nach- frage bei scharf aufwärts steigenden Kursen. Diefelben erzielten im Laufe der Woche eine sprunghafte Steigerung von ca. 50 Proz., wobei Gerüchte in Umlauf kamen, daß die Ge- sellschaft einen größeren Häuserkomplex in der Altstadt erwor- ben habe und ihren Betrieb weiter ausdehnen beabsichtige, wodurch der Gedanke an eine Kapitaltransaktion und ein sich vielleicht dabei ergebendes wertvolles Zugewinnrecht auf die Aktien erzeugt wurde; heute stellte sich der Kurs auf 872 Proz. Auch die anderen hierher gehörenden Werte sprachen sich fest aus.

Gleitzstrickaktien lagen gleichfalls fest, besonders Schudert, Deutsch-Überseische und Siemens-Galste. Maschinenfabrik- Aktien konnten im allgemeinen das notwendige Niveau nicht ganz behaupten. Eine Ausnahme machten Moenns, die weiter zu steigenden Preisen verkehrten. Banken zeigten durchweg gute Haltung. Das Gerücht, daß die Bergisch-Mär- kische ganz in die Deutsche Bank aufzugeben werde, wurde demen- tiert. Von Transportwerten konnten sich Baltimore und Ohio und Orientbahnen, letztere auf Wiener Anregung befestigen. Schantung nach vorübergehendem Rückgang erholt. Lombarden und Raab Odenburger lagen gleichfalls fest. Schiffahrtaktien schwächer. Von heimischen Renten stellten sich die 3 pro- zentigen etwas niedriger. Von Fremden waren Ären und Türkenlohe befestigt auf Gerüchte über eine baldige Beilegung des Krieges. Chinesen matt. Russische Prioritäten und Japaner gut gefragt. Der Privatdiskont konnte sich auf 3 1/2 Prozent ernähren.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

5. Januar 1912.

Deutsche Staatspapiere.		4. Bad. Anl. v. 1911 u. f. 1921	101.80
4. Reichs-Schatzansl. 1/2-12	100.00	3/4 do. abgelt. (B)	97.00
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. 1896 abgelt.	93.50
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. 1892 u. 1904	92.00
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. 1900 f. ab 1905	91.00
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. 1902 f. ab 1910	91.00
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. v. 1904 u. f. 1912	90.50
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. v. 1907 u. f. 1915	90.50
4. do. 1/2-12	100.00	3/4 do. v. 1906	85.00
4. do. 1/2-12	100.00	4. Bad. Anl. v. 1911 u. f. 1921	99.70
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1896 u. f. ab 06	101.25
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1898 u. f. ab 15	101.50
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1907 u. f. ab 18	102.00
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1908 u. f. ab 20	101.50
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1909 u. f. ab 20	101.50
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1910 u. f. ab 20	101.50
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1911 u. f. ab 20	101.50
4. do. 1/2-12	100.00	4. do. v. 1912 u. f. ab 20	101.50

3. Bayer. Anl. v. 1911 u. f. 1921	101.80	3. Sächs. Anl. v. 1911 u. f. 1921	101.80
3. do. v. 1896 u. f. ab 06	101.25	3. do. v. 1898 u. f. ab 15	101.50
3. do. v. 1907 u. f. ab 18	102.00	3. do. v. 1908 u. f. ab 20	101.50
3. do. v. 1909 u. f. ab 20	101.50	3. do. v. 1910 u. f. ab 20	101.50
3. do. v. 1911 u. f. ab 20	101.50	3. do. v. 1912 u. f. ab 20	101.50

4. Stadt-Anl. v. 1911 u. f. 1921	101.80	3. Stadt-Anl. v. 1911 u. f. 1921	101.80
4. do. v. 1896 u. f. ab 06	101.25	3. do. v. 1898 u. f. ab 15	101.50
4. do. v. 1907 u. f. ab 18	102.00	3. do. v. 1908 u. f. ab 20	101.50
4. do. v. 1909 u. f. ab 20	101.50	3. do. v. 1910 u. f. ab 20	101.50
4. do. v. 1911 u. f. ab 20	101.50	3. do. v. 1912 u. f. ab 20	101.50

Bankhaus Alfred Seeligmann & Co.

Karlsruhe i. B. Postcheck-Konto 461
Kaiserstrasse 96 A.241.27

besorgt alle bankgeschäftlichen Angelegenheiten prompt und erteilt jede gewünschte Auskunft über Wertpapiere.

Baer & Elend

Karlsruhe i. B. Bankgeschäft Karl Friedrichstr. 26
A.361.26

Coulante Erledigung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

L.264.2 Karlsruhe. Der Zahnarzt Julius Diefel in Karlsruhe, Prozeßbevoll- mächtigter: Rechtsanwalt Dr. Friedmann hier, klagt gegen den Kaufmann Max Dur- hardt, früher in Karlsruhe, aus zahnärztlichen Leistungen, aus dem Antrag auf lösen- fällige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung von 152 M. nebst 4 Prozent Zinsen vom Klagezustellungs- tag.

Zur mündlichen Verhand- lung, des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht Karlsruhe, Mademie- straße 2, Zimmer Nr. 8, auf Mittwoch, 28. Februar 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.

Karlsruhe, 28. Dez. 1911. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts A 1.

L.219.2.1. Nr. 33187. Kon- stanz. Der Schmiedmeister

L.290.2.1. Mannheim. Die Firma Geschw. Mayer, Zigarrenfabriken in Mannheim, Prozeßbevollmächtigter: Rechts- anwältin Waffermann, Rind- und Dr. Geiler hier, klagt gegen den Kaufmann Alwin Barth, früher in Schmalkal- den, jetzt unbekanntem Aufent- halte, auf Grund der Ver- handlung, daß Beklagter ihr aus Zigarrenkauf 507 M. 95 Pf. schulde, und daß Mann- heim als Erfüllungsort ver- einzelt sei, mit dem Antrag auf Erlassung eines gegen Si- cherheitsleistung vorläufig voll- streckbaren Urteils auf Zah- lung von 507 M. 95 Pf. nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 13. Dezember 1911.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht II zu Mannheim, Zimmer 111, auf Dienstag, den 5. März 1912, vormittags 9 Uhr, geladen.

Mannheim, 27. Dez. 1911. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts 2.

Bekanntmachung.

L.218. Aßern. In dem Kon- kursverfahren über das Ver- mögen des Sägerwirts Carl August Ernst in Kappel- roden soll die Schlussver- teilung erfolgen. Dazu sind 4862.41 M. verfügbar. Zu Be- rücksichtigung sind 91.49 M. bevorrechtigte und 26.457.52 M. nichtbevorrechtigte For- derungen.

Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des hiesigen Großh. Amtsgerichts zur Einsichtnahme auf.

Aßern, 4. Januar 1912. Der Konkursverwalter: Nees, Rechtsanwalt.

L.204. Baden. Das Kon- kursverfahren über das Ver- mögen des Uhrmachers Be- nedikt Duchenberger in Baden wurde nach Abhaltung des Schlusstermins und Vollzug der Schlussverteilung auf- gehoben.

Baden, 30. Dezbr. 1911. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.297. Neustadt, Baden. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Johann Straub in Ruden- berg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Er- hebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis auf

Mittwoch, 7. Februar 1912, vormittags 12 Uhr, vor Großh. Amtsgericht hier bestimmt.

Neustadt, Baden, den 31. Dezember 1911. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.300. Offenbach. In Kon- kursverfahren über das Ver- mögen der Firma F. Fißler u. Cie Zahaber Adolf Derr- mann, Schäftefabrikant hier, wurde Termin zur Abnahme der Schlussrechnung, sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis vor Großh. Amtsgericht hier bestimmt auf

Donnerstag, 25. Januar 1912, vormittags 11 Uhr.

Offenbach, 30. Dez. 1911. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.298. Stodach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ernst Laule in Eigeltingen ist Termin zur Ab- nahme der Schlussrechnung, sowie zur Anhörung der Gläu- biger-Versammlung über die den Mitgliedern des Gläubiger- ausschusses zu gewährenden Vergütung bestimmt auf

Dienstag, 30. Januar 1912, vormittags 12 Uhr.

Stodach, 29. Dez. 1911. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.305. Radolfzell. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schiffsbau- händlers Leander Mayer in Singen ist Termin zur Ab- nahme der Schlussrechnung bestimmt auf

Donnerstag, 1. Februar 1912, vormittags 12 Uhr.

Radolfzell, 2. Jan. 1912. Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

L.303.2.1. Baden. Die Tag- löhner Karl Seib Ehefrau Marie Anna geb. Späth in Bichtental-Oberbeuern hat be- antragt, ihren Ehemann, den verschollenen Tagelöhner Karl Seib - genannt und nur unter diesem Namen bekannt - auf Kosten am 13. Juli 1843 zu Selb, von dem seit dem Jahre 1873 keine Nachricht mehr einge- gangen ist, zuletzt wohnhaft in Baden-Bichtental, für tot zu erklären.

Der bezügliche Verfol- lene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Mittwoch, 4. September 1912, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Ge- richt - Zimmer 19 - an- dermaßen Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen ver- mögen, ergeht die Auffor- derung, spätestens im Aufge- botsstermine dem Gericht An- zeige zu machen.

Baden, 27. Dezember 1911. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.